



Nr. 36

15. Oktober 2015

Inhalt

[Personalratswahlen 2016: Der dbb hilft!+++](#)

[Wildfeuer: Führungspositionengesetz konsequent umsetzen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb rheinland-pfalz zu Flüchtlingskrise: Leistungen des öffentlichen Dienstes würdigen+++](#)

[DBB NRW zu E-Government-Gesetz: Nicht für pauschalen Stellenabbau missbrauchen+++](#)

[BBW zur Flüchtlingsproblematik: Anreize zur Mitarbeit von Pensionären schaffen+++](#)

[dbb saar: Wir erwarten Lösungen von der Politik+++](#)

[DPVKOM-Chef bei Anhörung: Betriebsräte dürfen nicht systematisch geschwächt werden+++](#)

[Forderungspapier von DPolG und DStGB zur Herausforderung Flüchtlingspolitik vorgestellt+++](#)

[GDL erzielt Abschluss mit agilis+++](#)

[Philologenverband: Migrantanteil in Klassen begrenzen+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Personalratswahlen 2016: Der dbb hilft!

(dbb) 2016 ist ein „Superwahljahr“: Beim Bund sowie in den Ländern Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen werden neue Personalräte gewählt. Zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort hat der dbb wieder viele hilfreiche Informationen zusammengestellt.

Denn die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen für die Personalräte sowie die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Umfangreiche Vorschriften und Rechtsprechungen müssen beachtet, Kandidatinnen und Kandidaten gefunden werden. Das selbstlose Engagement

der Wahlorganisatoren und Wahlvorstände unterstützt der dbb mit diesem Angebot.

Mehr zum Thema auf der Sonderseite zu den Personalratswahlen 2016 unter www.dbb.de (01/36/15)

Wildfeuer: Führungspositionengesetz konsequent umsetzen

(dbb) Das seit fast sechs Monaten geltende Gesetz zur gleichberechtigten Teilnahme von Frauen und Männern an Führungspositionen muss jetzt praktisch umgesetzt und der tatsächliche Anteil von Frauen in führenden Positionen erhöht werden. „Nur dann können wir die Gleichstellung von Mann und Frau auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung auf der Hauptversammlung der sbb frauenvertretung am 5. Oktober 2015 in Dresden. Dies gelte nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den öffentlichen Dienst.

Das Führungspositionengesetz sieht neben der Quote für die Aufsichtsräte von Dax-Konzernen ab 2016 vor, dass bei den Aufsichts- und Verwaltungsräten öffentlicher Unternehmen 30 Prozent der vom Bund zu besetzenden Mandate an Frauen gehen. Ab 2018 soll das Ziel bei 50 Prozent liegen. „Was fehlt sind aber Sanktionen wie beispielsweise der ‚leere Stuhl‘ für den Fall, dass keine gesetzeskonforme Beset-

zung der Gremien erfolgt. Damit würde der Druck signifikant erhöht, bei der Gremienbesetzung auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern zu achten“, zeigte sich Wildfeuer überzeugt. Auch in den Gremien des dbb müsse „in Zukunft stärker auf weibliche Führungskraft gesetzt werden“. (02/36/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb rheinland-pfalz zu Flüchtlingskrise: Leistungen des öffentlichen Dienstes würdigen

(dbb) Eine deutliche Würdigung der Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Kommunal- und Landesdienstes im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise hat der dbb rheinland-pfalz gefordert. „Der Einsatz für die zu uns kommenden Menschen hat für uns als öffentliches Personal Priorität. Zusammen mit den Angehörigen der zahlreichen Hilfsdienste stemmen wir eine Mammutaufgabe“, machte Landevorsitzende Lilli Lenz am 9. Oktober 2015 deutlich. „Das verdient Respekt und Anerkennung – von der Bevölkerung, den Asylbewerbern, der Politik und den Medien“, so Lenz.

Zur Bewältigung der mit dem Asylbewerberzustrom verbundenen organisatorischen und humanitären Aufgaben fordert der dbb Landesbund klare und zügige Verfahren, mehr

Finanzierungsmittel und mehr Personal, etwa in den Bereichen Sozialarbeit, Polizei, Schulen und Kindergärten.

„Damit aber jeder weiß, wem er mal ´Danke sehr´ sagen kann: Im Landesdienst hat beispielsweise Personal des Strafvollzuges kurzfristig die Leitung und Koordination in fünf Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes übernommen. Die dortigen Teams erfüllen die neuen Aufgaben ehrenamtlich neben ihrem normalen Dienst. Dieses Zeichen der Hilfsbereitschaft und Verlässlichkeit hat seine Entsprechung in zahlreichen anderen Verwaltungsbereichen, zum Beispiel bei der Polizei, in den Mittelbehörden des Landes, den Bildungseinrichtungen, in der Arbeitsverwaltung und insbesondere auf der kommunalen Ebene mit den Sozialämtern, den Ausländerbehörden und den Gesundheitsämtern. Überall wird herausragen-

der Einsatz geleistet“, so die dbb Landesvorsitzende.

Der öffentliche Dienst sei Garant für eine gelingende Aufnahme sicherheitsbedürftiger Menschen. Aber man könne „dem vorhandenen Personal die steigenden, teils ungeordneten Aufgaben weder ungebremst noch unbegrenzt auferlegen“, so Lenz. Deshalb müssten Verfahren und Abläufe vereinfacht und beschleunigt, finanzielle und personelle Mittel aufgestockt werden. Lenz: „In Rheinland-Pfalz fehlen aus unserer Sicht bereits aktuell mindestens 1.000 Beschäftigte - und diese Zahl steigt täglich.“
(03/36/15)

DBB NRW zu E-Government-Gesetz: Nicht für pauschalen Stellenabbau missbrauchen

(dbb) Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen hat zu dem vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW vorgelegten E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen (EGovG) Stellung genommen. Der DBB NRW kritisierte am 12 Oktober 2015 die in dem Gesetzentwurf prognostizierten finanziellen Auswirkungen. Diese seien derzeit nicht überprüfbar, erklärte der Vorsitzende Roland Staude.

Digitalisierung dürfe keinesfalls als Mittel zu einem pauschalen Stellenabbau missbraucht werden. Vielmehr sei eine aufgabengerechte Personalausstattung, vor allem in der kritischen Umstellungsphase, erforderlich. Solange die Prozesse nicht medienbruchfrei, also ohne eine Unterbrechung in der elektronischen Kommunikation, abliefen, stünden dem Wegfall von bewährten (analogen) Arbeitsschritten lediglich technisch neue gegenüber. Daher könne zunächst nicht von einer Entlastung der

Beschäftigten ausgegangen werden. Vielmehr sei eine Mehrbelastung gegeben, so Staude. Die als „Effizienzrendite“ durch Prozessoptimierungen bereits in Aussicht gestellten Einsparungen müssten entsprechend korrigiert und auf ein „nachvollziehbares Niveau“ gestellt werden. Zudem müssten, um den Digitalisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung erfolgreich umzusetzen, alle Betroffenen frühzeitig eingebunden werden.
(04/36/15)

BBW zur Flüchtlingsproblematik: Anreize zur Mitarbeit von Pensionären schaffen

(dbb) Der Vorsitzende des baden-württembergischen Beamtenbundes Volker Stich hat vorgeschlagen, im Beamtenversorgungsgesetz des Landes eine temporäre Ausnahmeregelung zu schaffen, damit auch für Pensionäre ein finanzieller Anreiz für ein Engagement bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom besteht. Derzeit lohne sich ein Wechsel in den Arbeitsalltag bei der Flüchtlingsaufnahme, Registrierung, Unterbringung oder Bildung finanziell kaum, gab Stich, der auch dbb Vize ist, am 14. Oktober 2015 in einem Brief an den baden-württembergischen Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid zu bedenken.

Der BBW anerkenne die Notlage von Bund und Ländern in Anbetracht des anhaltenden Flüchtlingszustroms. Einer kurzfristigen

Linderung durch Neueinstellungen seien Grenzen gesetzt. „Der BBW unterstützt deshalb auch das Vorhaben, Pensionäre und ehemalige

Tarifbeschäftigte zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben auf freiwilliger Basis vorübergehend in den Dienst zurückzuholen, vorausgesetzt die Kasse stimmt. Das trifft bei Ruhestandsbeamtinnen und –beamten allerdings nicht zu. Entsprechend zurückhaltend ist dort die Resonanz auf die Pläne, die gegenwärtig in Bund und Ländern diskutiert werden“, stellte Stich fest und warf die Frage auf, „wie Anreize für die sich im Ruhestand oder Rente befindenden ehemals öffentlich Beschäftigten geschaffen werden können, sich zeitlich befristet aufgrund der besonderen Notlage und der Dringlichkeit der Aufgaben wieder aktiv in den Dienst einzubringen – sei es z. B. als Lehrerinnen und Lehrer für die Bildung der Flüchtlingskinder und Jugendlichen, sei es als Polizistinnen oder Polizisten oder in der Verwaltung“.

Als entscheidendes Hemmnis im Beamtenbereich für ein solches Engagement bezeichnete Stich die Anrechnung von Verwendungseinkommen auf die Versorgung. In Anbetracht der Höchstgrenze für das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen lohne es sich für Pensionäre finanziell kaum, eine Tätigkeit im Bereich des öffentlichen Dienstes wieder aufzunehmen. Anders sehe es aus, wenn sie im Bereich der Privatwirtschaft tätig werden. Dann bleiben ihnen nämlich neben ihrem Zusatzverdienst die vollen Versorgungsbezüge. „Eine entsprechende Handhabung hält der BBW jetzt auch bei der Honorierung von Tätigkeiten zur Bewältigung der zahlreichen Aufgaben infolge des Flüchtlingszustroms für angebracht“, machte Stich deutlich.
(05/36/15)

dbb saar: Wir erwarten Lösungen von der Politik

(dbb) Bei den anstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 des Saarlandes erwartet der dbb saar mit Blick auf die mit dem Flüchtlingszustrom verbundenen Herausforderungen Lösungen von der Politik. Dabei müsse der von der Regierungskoalition beschlossene Stellenabbau genauso auf den Prüfstand, wie die Vereinbarungen mit dem Stabilitätsrat zur Einhaltung der Schuldenbremse, sagte dbb-Landeschef Ewald Linn am 13. Oktober 2015.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen müsse die von der Landesregierung festgelegte Sparquote von 2.400 Stellen bis 2020 in Höhe von 120 Millionen Euro in den stark frequentierten Bereichen wie Schule, Landesverwaltungsamt, Polizei und Justiz angepasst

werden. Dazu hat der dbb saar im Rahmen der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ mit Ministerpräsidentin Annegret Kamp-Karrenbauer weitere Unterredungen vereinbart.
(06/36/15)

DPVKOM-Chef bei Anhörung: Betriebsräte dürfen nicht systematisch geschwächt werden

(dbb) Im Rahmen einer Anhörung vor dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales am 12. Oktober 2015 in Berlin hat der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer die betriebliche Mitbestimmung verteidigt. Als Sachverständiger für den dbb bezeichnete Volker Geyer diese als unverzichtbaren Bestandteil der deutschen Wirtschaftsordnung.

In diesem Zusammenhang forderte der DPVKOM-Bundesvorsitzende auch die Abschaffung des Tarifeinheitsgesetzes. Mit der dort vorgenommenen Einschränkung der Koalitionsfreiheit werde der Nährboden geliefert, der das „Union Busting“, also das systematische Untergraben der gesetzlichen Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung etwa durch Beraterfirmen, begünstigt und befördert.

„In der Konsequenz dieses Gesetzes wird in Zukunft zahlreichen Gewerkschaften und hunderttausenden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit genommen, sich frei und selbstbestimmt um die Wahrung und Förderung ihrer Arbeitsbedingungen zu kümmern“, erklärte Geyer. Die Verweigerung eigener Tarifpartnerschaft vernichte mittelfristig die Existenzgrundlage jeder Gewerkschaft, deren Mitglieder aktive Einflussnahme auf ihre

Arbeitsbedingungen erwarten. So entstünden in den Betrieben gewerkschaftliche Monokulturen, die besonders anfällig seien für die Verhinderung oder Manipulierung von Betriebsratswahlen, die Einschüchterung und Überwachung von Betriebsräten oder Betriebsratswahlkandidaten und die Vorteilsgewährung für unternehmerfreundliche Betriebsräte. „Einer

zunehmenden Missachtung der betriebsverfassungsrechtlichen Rechte muss entgegengetreten werden“, bekräftigte Geyer und begrüßte „alle Maßnahmen, die geeignet sind, eine störungsfreie Betriebsratsarbeit zu gewährleisten.“
(07/36/15)

Forderungspapier von DPoIG und DStGB zur Herausforderung Flüchtlingspolitik vorgestellt

(dbb) Die Zahl der Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen steigt an. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums sind in diesem Jahr bereits knapp 500 Straftaten gegenüber Asylbewerberunterkünften verübt worden. In einem gemeinsamen Papier, das am 14. Oktober 2015 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde, fordern die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) wirksamere Sicherheitsmaßnahmen und einen besseren Schutz dieser Einrichtungen.

Der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, und der Bundesvorsitzende der DPoIG Rainer Wendt betonten aber auch, dass die Sicherheit innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte deutlich verbessert werden und Gewalt unter Flüchtlingen und Flüchtlingsgruppen entschieden mit den Mitteln des Rechtsstaats begegnet werden muss.

Wendt schlägt deshalb vor, zusätzliche Sicherheitskräfte als Objektschutzdienste in der Polizei anzustellen und unter Führung und Aufsicht erfahrener Polizeiführer einzusetzen. „Dauerobjektschutzmaßnahmen vor und nach dem Bezug von Flüchtlingsunterkünften dürfen nur im Ausnahmefall durch die Bereitschaftspolizei wahrgenommen werden. Denn diese Einsatzkräfte sind durch eine Fülle anderer gesetzlicher Aufträge gebunden.“

Einig waren sich die Vertreter von Polizei und Kommunen, dass auch die Gewalt innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte konsequent verfolgt werden müsse. Wer Straftaten begehe, müsse

mit Konsequenzen rechnen. Wendt: „Für diejenigen, die trotz eindeutiger Aufklärung nicht bereit sind, sich rechtstreu und gewaltfrei zu verhalten, sollte die Prüfung von Asylbegehren unter Ausschluss weiterer Rechtswege im Eilverfahren erfolgen. Nach negativem Bescheid muss die sofortige Abschiebung erfolgen. Der Abschieberückstand in Deutschland muss konsequent beseitigt werden, wenn der Schutz bedrohter Menschen, die vor Gewalt, Terror und politischer Verfolgung bei uns Schutz suchen, gewährleistet werden soll.“

Einig sind sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund und die Deutsche Polizeigewerkschaft, dass sowohl Polizistinnen und Polizisten als auch politische Entscheidungsträger wirksam vor Übergriffen geschützt werden müssen: „Wer sich aktiv für unsere Werte, unsere Rechtsordnung und die Demokratie einsetzt verdient besonderen Schutz“, so Landsberg und Wendt.
(08/36/15)

GDL erzielt Abschluss mit agilis

(dbb) Die agilis-Unternehmen haben als erstes Wettbewerbsunternehmen außerhalb des DB-Konzerns die gesamten Rahmenregelungen für das Zugpersonal mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) abgeschlossen. „Damit dokumentiert agilis beispielgebend für seine Beschäftigten den Willen, jeglichen Wettbewerb über die Lohnkosten dauerhaft zu unterbinden“, so der Bundesvorsitzende der GDL, Claus Weselsky, der auch dbb Vize ist.

Nach intensiven und zum Teil schwierigen Verhandlungen konnten die Tarifvertragsparteien in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 2015 in Frankfurt am Main einen Abschluss erreichen, der für alle Arbeitnehmer der agilis spürbare Entlastungen im Arbeitszeitbereich sowie Entgeltzuwächse abbildet. „Mit der gleichzeitigen Verbesserung von Geld- und

Arbeitszeitthemen in dieser Tarifrunde hat agilis deshalb auch an Attraktivität in der gesamten Region gewonnen. Das ist die beste Voraussetzung, um mehr qualifiziertes Personal einzustellen und dadurch die Belastung des vorhandenen Zugpersonals nachhaltig senken zu können“, sagte Weselsky. (09/36/15)

Philologenverband: Migrantanteil in Klassen begrenzen

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) hat sich für eine Quotierung des Migrantanteils in Schulklassen ausgesprochen. Nur so könnten Integration gelingen und Abstriche bei der schulischen Ausbildung vermieden werden, sagte der DPHV-Bundesvorsitzende Heinz Peter Meidinger der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Oktober 2015). „Schon wenn der Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache bei 30 Prozent liegt, setzt ein Leistungsabfall ein. Dieser wird ab 50 Prozent dramatisch“, so Meidinger.

Diese Entwicklung sei durch eine PISA-Begleitstudie und andere Untersuchungen belegt. Die Migranten selbst hätten den Wunsch nach gemischten Klassen geäußert, weil dies Integration und Spracherwerb fördere, sagte Meidinger weiter. Er verwies auf entsprechende Befragungen der Stiftungen Vodafone und Mercator. „Darüber sollten wir dringend nachdenken“, sagte der Pädagoge. Schulen hätten eine Schlüsselfunktion bei der Integration.

„Wir wollen keine Gettos“, machte Meidinger klar. Er unterstrich die Notwendigkeit von „Willkommens- oder auch Sprachlernklassen“ für Flüchtlingskinder, damit diese schnellstmöglich die deutsche Sprache lernen. Es wäre aber „fatal“ und die schlechteste Lösung, wenn diese zu 100 Prozent aus Flüchtlingskindern

bestehenden Klassen auch in den Regelklassen der verschiedenen Schularten wiederauflebten. Dies fördere Parallelgesellschaften. Meidinger warnte außerdem davor, Fehler zu wiederholen, die Deutschland im Umgang mit Gastarbeitern gemacht habe. Migrantenkinder sofort und unvorbereitet in Regelklassen zu schicken habe sich als grundlegenden Fehler erwiesen. „Das ist gescheitert, und daraus sollten wir lernen.“ Nach Meidingers Angaben sind bis zu 25.000 Lehrer nötig, um den Zustrom von Flüchtlingskindern zu bewältigen. Derzeit seien knapp 11 000 Pädagogen arbeitslos gemeldet, viele seien schon in andere Berufe abgewandert. „Die müssen wir mit einer gezielten Werbekampagne zurückgewinnen“, so der DPHV-Chef.

(10/36/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 5. Oktober 2015 hat die EU-Kommission ihren Bericht über die Rentensysteme in Europa veröffentlicht. Sie kommt darin zu dem Ergebnis, dass ein gesichertes Auskommen nur solche Erwerbstätigen haben, die bis zum Renteneintrittsalter arbeiten und wenige Lücken in ihrer Erwerbsbiografie aufweisen. Deshalb sollen die Menschen möglichst lange im Beruf gehalten werden. Die EU-Kommission betont die Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge und greift Kritik an den Riester-Verträgen auf. Der Zweite Vorsitzende

und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, **Willi Russ**, forderte Brüssel auf, nichts zu unternehmen, was Betriebsrenten in Deutschland gefährden könne. Dass die Riester-Rente auch aus Europa kritisch gesehen wird, findet Russ richtig und erwartet von Berlin eine Reform der privaten Altersvorsorge. Der Chef der dbb Tarifpolitik kritisiert aber Brüssel für „wiederholte Versuche“, diese wichtige Säule der Alterssicherung zu stark zu regulieren. „Die Übertragbarkeit von Betriebsrenten erhöhen zu wollen, ohne dabei auf die Verfasstheit der Betriebs-

rentenkassen in Deutschland zu schauen, war keine gute Idee“, so Russ. Zum Glück sei die Anwendung der Liquiditätsregeln, die für die Versicherungswirtschaft in Europa gelten, für die Betriebsrenten mittlerweile vom Tisch.

Auf die Verdienste und die Unverzichtbarkeit des öffentlichen Dienstes in Deutschland hat der dbb Vize und Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, hingewiesen. In Jahren des Privatisierungswahns sei der öffentliche Dienst allzu oft völlig unter Wert gehandelt worden, Politik, Medien und die Wirtschaft hätten ihn als „schnöden Kostenfaktor“ und „Bürokratiemonster“ verdammt, sagte Eigenthaler auf der öffentlichen Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der DSTG Mecklenburg-Vorpommern am 9. Oktober 2015 in Rostock. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise, dem Griechenland-Drama und nun wieder bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms merke man, was ein funktionierender öffentlicher Dienst wert sei. Diese Unverzichtbarkeit habe die DSTG erst jüngst mit ihrem erfolgreichen „Tag der Steuergerechtigkeit“ gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt. Unter dem Motto „Zukunft.Gemeinsam.Steuern“ hatten dabei Mitglieder der Gewerkschaft deutlich gemacht, dass ohne eine funktionierende Einnahmeverwaltung kein Staat und keine Politik zu machen seien.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, hat

das Zeigen eines symbolischen Galgens bei einer Pegida-Demonstration als Hetze und „widerlich“ bezeichnet. „Das deutet auf die geistige Verfassung der Urheber hin“, sagte Wendt der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 14. Oktober 2015). Gegen solche Hetze müssten alle Register gezogen werden. Die Verantwortlichen müssten festgenommen und gegen sie strafrechtlich ermittelt werden, so Wendt. Bei der Pegida-Demonstration in Dresden hatten Teilnehmer einen Galgen aus Pappe hochgehalten mit der Aufschrift „Reserviert für Angela Merkel und Sigmar Gabriel“.

Für ein Umsteuern in der Bildungspolitik hat der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) plädiert. Vorsitzender **Eugen Straubinger** erklärte am 12. Oktober 2015: „Auf der einen Seite müssen Universitäten mit einem eklatanten Platzmangel kämpfen und wie es etwa die Technische Universität München tut, zu einer ‚restriktiven Zulassungspolitik‘ übergehen. Auf der anderen Seite haben Handwerks- und Industriebetriebe kaum noch Chancen, ihre offenen Lehrstellen zu besetzen.“ Die Entwicklung weg von der betrieblichen Ausbildung hin zum Hochschulstudium sei im Augenblick kaum zu bremsen und werde sich auch in Zukunft fortsetzen. Der BLBS fordere, die Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulen erheblich auszubauen und die Jugendlichen frühzeitig auf die über 300 anerkannten nicht-akademischen Ausbildungsberufe hinzuweisen.

Termin zum Vormerken:

Europäischer Abend

Demagogen, Populisten und Fanatiker – Ein neues Zeitalter der Extreme
Berlin, 2. November 2015